

Vereinigtes Königreich

HELEN WALLACE

Es war ein Jahr des politischen Wandels in Großbritannien. Im Mai 1997 kam eine neue Regierung an die Macht, mit einer außergewöhnlich breiten parlamentarischen Mehrheit. Sie beschrieb sich selbst als „New Labour“, eine Bezeichnung, die eine Abgrenzung sowohl gegenüber der vorhergehenden konservativen Regierung wie auch gegenüber früheren Erscheinungsformen der Labour Party darstellte. Die Erwartungen an die Konsequenzen aus dem Sieg von „New Labour“ verbanden von Anfang an innen- und außenpolitische Aspekte. Das Wahlprogramm war vor allem um innenpolitische Fragen herum konstruiert worden, was einen Hinweis darauf lieferte, daß man sich der Tatsache bewußt war, daß sich die Wählerschaft vor allem für soziale und wirtschaftliche Themen interessierte. Die vorsichtig durchgeführten Tests der Wählerstimmung, die von den Strategen der Labour Party durchgeführt worden waren (in sich eine faszinierende Innovation) hatten dazu geführt, daß Tony Blair und sein Wahlkampfteam ihre Aufmerksamkeit auf eine sorgfältig gestaltete innenpolitische Agenda fokussiert hatten.

Allerdings sah sich das Team der Labour Party der Herausforderung gegenüber, politische Glaubwürdigkeit in einem breiteren Sinne des Wortes aufzubauen. Die Untersuchung früherer Wahlniederlagen hatte ergeben, daß die Haltung der Partei in außenpolitischen und europäischen Fragen Einfluß auf ihre Vertrauenswürdigkeit im allgemeinen hatte. Eine anscheinend „unrealistische“ Einstellung während der achtziger Jahre sowohl in Fragen der Sicherheitspolitik wie in denen der europäischen Integration hatte zu den Niederlagen beigetragen. Die Parteivorsitzenden Neil Kinnock und John Smith hatten hart daran gearbeitet, dieses negative Image zu verbessern, und Tony Blair und seine Berater hatten sich bemüht, auf der Grundlage dieser Bemühungen ein Bild des positiven Engagements und der parteiinternen Übereinstimmung zu formen. Aber bei den Wahlen 1997 sahen sie sich einer weiteren Herausforderung gegenüber, in Form einer konservativen Regierung, die in europapolitischen Fragen tief gespalten war. Der Parteiflügel der Euroskeptiker hatte hart darum gekämpft, für sich eine populistische Position aufzubauen, welche sich auf Konzepte der nationalen, ja sogar nationalistischen Unabhängigkeit stützte. Da sie dies als ein potentielles Problemfeld betrachtete, entschied sich die Labour-Führung dafür, sich insgesamt in europapolitischen Fragen zurückzuhalten, um sich nicht dem Vorwurf des mangelnden Patriotismus aussetzen zu müssen.

Das Endergebnis war, daß New Labour eine europapolitische Haltung einnahm, die positive Rhetorik mit vage formulierten Verpflichtungen zu verbinden suchte. Was die Wahlen anging, stellte sich diese Haltung als durchaus erfolgreich heraus, da damit die Europapolitik an den Rand des Wahlkampfes gedrängt wurde. Als Grundlage einer Regierungspolitik war sie jedoch weniger brauchbar, weil so viele

wesentliche Details unspezifisch blieben. Insbesondere bedeutete dies, daß sich die neue Regierung zwei europäischen Schlüsselfragen gegenüber sah, zu denen sie noch keine grundsätzlichen Antworten entwickelt hatte: erstens, ob man sich um die frühzeitige Mitgliedschaft in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bemühen sollte, zweitens, welche Position man in der Regierungskonferenz zu den Reformen der Verträge einnehmen sollte.

Andererseits boten sich der neuen Regierung außergewöhnliche Möglichkeiten. Sie löste eine konservative Regierung ab, die sich in der Europapolitik in grundlegenden Widersprüchen verheddert hatte, und die in den Tagen seit Thatcher und Maastricht mehr und mehr in kleine Gruppierungen zersplittert war. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Großbritannien und seinen EU-Partnern war offensichtlich, und sogar der Abschluß der Regierungskonferenz war mit Blick auf die Parlamentswahlen verschoben worden. Die Wahlen boten sowohl der neuen britischen Regierung wie auch den übrigen EU-Mitgliedstaaten die Gelegenheit zu einer grundlegenden Neuorientierung. Die anderen EU-Staats- und Regierungschefs standen der Regierung Blair und auch der Person Blair positiv gegenüber. Blair und seinen Anhängern war durchaus klar, daß hieraus Vorteile gezogen werden können.

Jede wertende Herangehensweise an die Frage, wie diese Möglichkeiten genutzt wurden, muß selbstverständlich die tatsächlichen politischen Leitlinien, welche sich über die nächsten Monate offenbarten, berücksichtigen. Aber sie erfordert auch ein Verständnis der Zusammensetzung und der internen Dynamik der Regierungsmannschaft. Ein herausragender Aspekt der neuen Regierung war das Maß, in dem es sich um ein „Blair-Team“ handelte. Es wurde sehr schnell deutlich, daß Tony Blair eine starke Kontrolle der Regierungsarbeit anstrebte, mit der Unterstützung eines engen Kreises von Beratern um ihn herum. Diese „No. 10“-Gruppe war ein wesentliches Element; ein weiteres war die Schlüsselrolle, die Peter Mandelson als Minister ohne Geschäftsbereich mit seinem guten europapolitischen Ruf spielte. Beide Faktoren beeinflussten die Art und Weise, wie Politik gemacht wurde. Ebenfalls bedeutsam war die Ernennung von Gordon Brown zum Schatzkanzler, da dieser geneigt war, das Ziel der Währungsunion als vernünftig und durchaus machbar zu betrachten.

Die Aufnahme von David Simon, dem früheren Vorstandsvorsitzenden von BP und leitenden Unterstützer des europäischen Gedankens, in die Regierungsmannschaft – als Minister für Wettbewerbsfragen – sandte ein zusätzliches Signal aus. Er verfügte über detaillierte Erfahrungen mit der EU, unter anderem hatte er in der Ciampi-Gruppe zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit mitgewirkt. Seine Ernennung symbolisierte den weitergehenden Ehrgeiz der neuen Regierung, eine Partnerschaft zwischen dem Regierungsapparat und der Geschäftswelt aufzubauen. Die Implikation der Zusammenstellung des Teams für das Außenministerium war dagegen sehr vieldeutig: Robin Cook, der neue Außenminister, war kein besonders enthusiastischer Europäer, und sein eigenes Hauptziel war eine „ethisch korrekte Außenpolitik“, wie er in seiner Erklärung vom 12. Mai ankündigte. Cook sollte Schwierigkeiten damit haben, sich auf die europäische Agenda zu konzentrieren.

Komischerweise wurde die Ernennung von Douglas Henderson zum Minister für Europaangelegenheiten (die zweite Position im Außenministerium) weniger von europapolitischen Überlegungen geleitet, als vielmehr von dem Wunsch, einen Ausgleich für die Ernennung von Cook, der dem linken Flügel der Partei zugerechnet wurde, zu schaffen, indem man jemanden ernannte, der Gordon Browns Vorstellungen näher stand. Das neue Team hatte offensichtliche Probleme mit der Formulierung einer kohärenten Europapolitik, ungeachtet der Tatsache, daß sie durch die Vorbereitungen auf die anstehende Ratspräsidentschaft unter Druck stand.

Die Regierungskonferenz und der Gipfel in Amsterdam

Die unmittelbar anstehende Herausforderung für die neue Regierung war es, ihren Standpunkt für die anstehende Regierungskonferenz festzulegen. Vorbereitungen während Oppositionszeiten hatten die neuen Minister im großen und ganzen mit den Sachfragen vertraut gemacht, und ihre Aufgabe wurde dadurch vereinfacht, daß die Konferenz nur geringe Fortschritte beim Entwurf eines Reformprogramms gemacht hatte. Was tatsächliche politische Maßnahmen anging, mußten sie kaum schwierige Entscheidungen treffen. Das freiwillige opt-out vom Maastrichter Sozialprotokoll sollte aufgegeben werden, ein Indikator für eine nähere und weniger angespannte britische EU-Beteiligung, die von den Partnerländern mit Enthusiasmus aufgenommen wurde. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß die Labour-Regierung deutlich darauf hinwies, daß sie keine größere Ausdehnung der europäischen Sozialgesetzgebung unterstützen würde. Die neue Regierung war außerdem bereit, Bemühungen zu unterstützen, die Verträge „umweltfreundlicher“ zu gestalten. Die Auseinandersetzung um den „zweiten Pfeiler“ hätte sich als potentielles Problem für eine sehr deutlich NATO-orientierte Regierung erweisen können, wenn die Regierungskonferenz nicht ohnehin bereits alle hochtrabenden Pläne im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik aufgeben hätte.

Das Hauptproblem betraf die Diskussion um Schengen und den dritten Pfeiler. Hier konzentrierten sich die britischen Bemühungen auf den Erhalt der nationalen Kontrolle über die Grenzen, eine direkte – wenn auch weniger drastisch vorgetragene – Wiederholung der Position der konservativen Regierung. Das dazu angewandte Mittel war ein Zusatzprotokoll, welches einen langfristigen – und damit aus britischer Sicht beruhigenden – Ausschluß Großbritanniens gestattete. Das schien verhältnismäßig einfach, ließ aber einen großen Teil der Fragen offen. Die neue Regelung sah vor, daß Großbritannien und das mit ihm durch das bilaterale Abkommen über die Reisefreiheit verbundene Irland bestimmte Aspekte des Schengen-Acquis, die in den Vertrag eingebunden werden sollen, übernehmen könnten. Aber dann kam aufgrund anhaltender bilateraler Unstimmigkeiten ein gewisses Maß an Spannungen zwischen Großbritannien und Spanien hinzu, und Spanien fügte dem Text gegen Ende der Verhandlungen noch einen Passus hinzu, daß Großbritannien dem „vergemeinschafteten“ Schengen-Besitzstand nur mit der einstimmigen Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten würde beitreten können. Eine Regierung mit mehr Erfahrung hätte möglicherweise weniger strenge Bedingungen erreichen kön-

nen, während sie diejenigen Bereiche der Zusammenarbeit entwickelte, in denen sie künftig intensiver mitarbeiten wollte.

Was institutionelle Fragen anging erleichterte der gemäßigte Charakter der während der Regierungskonferenz aufgetauchten Reformvorschläge der britischen Regierung die Aufgabe. Labour hatte sich ohnehin bereits einer durchaus pragmatischen Herangehensweise an diese institutionellen Fragen zugewandt, und war demzufolge bereit, einer gewissen Ausweitung sowohl der qualifizierten Mehrheitsentscheidung im Rat als auch der legislativen Kompetenzen des Europäischen Parlamentes zuzustimmen. Was das sogenannte „institutionelle Problem“ anging, das vor einer Erweiterung gelöst werden mußte – also die Gewichtung der Stimmen im Rat und die Besetzung des Kommissionskollegiums – wiederholte die neue Regierung im großen und ganzen die Positionen ihrer Amtsvorgängerin. Letztlich sprach sie sich dafür aus, den größeren Mitgliedstaaten mehr Stimmen im Rat zu geben, und akzeptierte dabei den Verlust eines britischen Kommissars. Dies ist und bleibt die neue Orthodoxie britischer Politik. Neue Vorschläge von britischer Seite kamen in Amsterdam nicht: für Kreativität war es noch zu früh.

Statt dessen konzentrierte man die Bemühungen darauf, die Auswirkungen der Vorschläge im Bereich der Flexibilität zu begrenzen. Flexibilität war in den Monaten der Beratungen in der Regierungskonferenz in gewisser Weise zu einem herausragenden Symbol geworden. Zu den Gründen, die zur Entwicklung des Flexibilitätskonzeptes geführt hatten, gehörte auch der Wunsch einiger Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, Wege zu finden, um der britischen Halsstarrigkeit und der negativen Einstellung zu entkommen, welche die konservative Regierung charakterisiert hatten. Zudem schienen sich die zur Umsetzung der Flexibilität und der „engeren Zusammenarbeit“ entworfenen Mechanismen gleichzeitig als Mittel gegen die Risiken einer nächsten Erweiterung anzubieten. Aber es war ein vergifteter Kelch für eine Labour-Regierung, die daran interessiert war, Großbritannien wieder voll in die europäische Integration einzubinden, ohne sich schon ganz sicher zu sein, in welchen spezifischen Bereichen sie ein intensiveres Engagement anstreben würde. Am Ende waren Tony Blair und sein Team in der Lage, zusammen mit einigen anderen besorgten Regierungen das Potential der Flexibilitätsklauseln im Vertrag stark einzuschränken.

Das Endergebnis in Amsterdam war, daß es für Tony Blair ein erfolgreicher Europäischer Rat war. Er baute positive Beziehungen zu seinen Amtskollegen auf, erwarb sich Respekt, und seine Position war stark genug, daß er um seine Mitwirkung beim Entwurf wesentlicher Passagen des Textes gebeten wurde. Als Einstieg in eine neue Europapolitik war diese Startposition durchaus vielversprechend.

Die Wirtschafts- und Währungsunion

Die mit Abstand problematischste Angelegenheit war nicht die Regierungskonferenz, sondern die Frage nach dem Umgang mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). In den Monaten aggressiv ausgetragener Debatten in Großbritannien hatte die Labour Party eine ebenso zurückhaltende wie gesplante Position

eingenommen. Im großen und ganzen bemühte sie sich, nicht als „Opposition aus Prinzip“ aufzutreten, allerdings zahlte sie dafür einen gewissen Preis: sie mußte zustimmen, daß der britische Beitritt zur WWU – sollte er auf parlamentarischem Wege durchgesetzt werden – einem Referendum unterliegen würde. Aber die Parteiführung hatte eine Reihe von Symbolen ihrer Sympathie für die WWU deutlich gemacht, und man ging davon aus, daß Blair, Brown und Simon sämtlichst für einen Beitritt des Pfund Sterling zur gemeinsamen Währung seien, obwohl keine gemeinsame Entscheidung in dieser Richtung bekanntgegeben worden war. Zwei verschiedene Argumente spielten für ihren Ansatz eine Rolle: Eines war rein politisch, und beruhte auf einer Einschätzung, ob und wann ein Beitritt zur dritten Stufe der WWU in Großbritannien zu vermitteln ist. Das zweite war wirtschaftlicher Natur, und bezog sich auf den Zeitpunkt eines möglichen britischen Beitrittes, da die Einschätzung vertreten wurde, daß der britische Wirtschaftszyklus nicht mit dem der kontinentaleuropäischen Länder übereinstimmte. Interessanterweise bestand eine der ersten Maßnahmen von Gordon Brown nach seiner Ernennung zum Schatzkanzler darin, die Unabhängigkeit der Bank of England in die Wege zu leiten, womit eine wichtige Bedingung für einen möglichen Beitritt zur WWU erfüllt wurde.

Am 17. Juli versuchte Gordon Brown, eine gewisse Ordnung in die Diskussion zu bringen, indem er fünf Bedingungen festlegte, die erfüllt sein müßten, bevor Großbritannien der WWU beitreten könne: (1) ein gutes Klima für Investitionen im Vereinigten Königreich; (2) gute Aussichten für den britischen Finanzsektor; (3) ein kompatibler Wirtschaftszyklus; (4) eine gegen wirtschaftliche Schocks resistente WWU; und (5) eine WWU, die wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung fördern würde. Im Herbst wurde deutlich, daß die Regierung Vorbehalte gegenüber einer frühzeitigen Beitrittsankündigung hatte, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß die öffentliche Meinung nach wie vor eher negativ dazu eingestellt war. Nach einer Reihe von spekulativen Presseveröffentlichungen erklärte Gordon Brown am 27. Oktober vor dem Unterhaus, daß Großbritannien möglicherweise im Jahre 2002 oder 2003 zum Beitritt bereit sein würde, also deutlich nach den nächsten Wahlen. Man hoffte, daß nun eine Diskussion beginnen würde, welche die WWU weniger als Test des politischen Beurteilungsvermögens ansehen würde, und mehr als eine praktische Frage, was der beste Weg für die britische Wirtschaft wäre.

Die Regierung war damit allerdings noch nicht aller Probleme enthoben. Die Planungen für die detaillierten Arrangements für die Einführung der WWU gingen weiter, einschließlich der Zusammensetzung des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Zudem tauchte das Konzept eines speziellen Gremiums auf, das aus den Finanzministern derjenigen EU-Mitgliedsländer bestehen sollte, die voll in die WWU eingebunden wären. Gordon Brown kämpfte im Dezember entschlossen, aber letzten Endes erfolglos für einen britischen Sitz im EZB-Direktorium und gegen die Entstehung der „Euro-X“-Rates der Finanzminister. Die WWU war und blieb der härteste Prüfstein für die Europapolitik der britischen Regierung, und damit das sichtbarste Hindernis bei der Suche nach einem eigenen Platz im europäischen Entscheidungsprozeß.

Die Veränderung der politischen Prioritäten

Zwei Beispiele illustrieren die neue Richtung der Politik: erstens die Reaktionen auf die BSE-Krise, zweitens die umweltpolitische Agenda. Agrarminister Jack Cunningham und sein Team bemühten sich, den Schaden, den die BSE-Krise sowohl in Großbritannien als auch im Ausland angerichtet hatte, zu reparieren. Man bemühte sich in den zuständigen europäischen Gremien, das Vertrauen der Europäischen Kommission und der übrigen europäischen Nationen zurückzugewinnen, um einerseits die britischen Rindfleischproduzenten in die Lage zu versetzen, ihre Handelsbeziehungen wiederherzustellen, und andererseits den anderen Nationen zu zeigen, daß sich die britische Regierung kooperativ und konstruktiv verhält. Mit großer Geduld wurden technische Arrangements entwickelt, die den von den verschiedenen Ausschüssen der EU vorgetragenen Bedenken Rechnung tragen sollten. Diese Arrangements wurden durch zwei weitere Ankündigungen der Regierung unterstützt: zum einen, daß eine neue Lebensmittelbehörde eingerichtet würde, und zum anderen, daß eine unabhängige Untersuchungskommission feststellen sollte, welche Fehler beim bisherigen Umgang mit dem Problem gemacht worden waren. Dennoch darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Frustration der britischen Farmer zu gewalttätigen Vorkommnissen geführt hatte – so hatten etwa walisische Farmer Häfen blockiert, über die irisches Rindfleisch nach Großbritannien eingeführt wurde, Szenen, die normalerweise eher mit französischer Agrarpolitik assoziiert werden. Ein weiterer Hinweis auf die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten war die Ankündigung im Dezember, daß Rindfleisch in Großbritannien nicht länger am Knochen verkauft werden dürfe, eine schnell getroffene Entscheidung, die keinerlei solide wissenschaftliche Basis aufweisen konnte.

Was die Umwelt anging signalisierte die neue Regierung von Anfang an ihre Präferenzen für eine striktere und umweltfreundlichere Politik, einschließlich der Bemühungen, sowohl innereuropäische wie auch internationale Übereinkommen zu stärken. Deshalb sprach sie sich innerhalb der EU sehr viel deutlicher für Kontrollmechanismen aus, als dies ihre Vorgängerin getan hatte. John Prescott, stellvertretender Premierminister und Minister für Umwelt und Verkehr, nahm als starker Befürworter drastischer Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausemissionen an der Weltklimakonferenz in Kioto im Herbst 1998 teil. Er war auch unter den europäischen Politikern ausgesprochen engagiert in dem Bemühen, Druck auf die US-Regierung auszuüben, damit diese Emissionen reduziert würden.

Vorbereitungen auf die Ratspräsidentschaft

Die Vorbereitungen auf die anstehende Ratspräsidentschaft mußten beginnen, bevor die Regierung eine Gelegenheit hatte, eine europäische Strategie zu entwickeln. Statt dessen entschieden sich die Minister für eine Veränderung des Stils und für ziemlich allgemein formulierte Politikziele. Der Stil bestand aus positiver Sprache, Symbolen und einem intensivierten Bemühen um die Schaffung eines „Europas der Bürger“. Was dieser letzte Punkt genau bedeuten sollte, war nicht ganz klar, außer, daß man europapolitische Maßnahmen favorisierte, die dem Bürger auf der Straße

verständlich zu machen sind. Der neue Stil spiegelte sich in einer Flut von Maßnahmen wider, mittels derer der Präsidentschaft ein farbigeres Image gegeben werden sollte, nicht zuletzt in dem von Kindern aus den EU-Staaten entworfenen Präsidentschaftslogo. Die allgemeinen Politikziele der britischen Ratspräsidentschaft waren: einen erfolgreichen Start für die WWU zu gewährleisten; wirtschaftliche Reformen durchzusetzen, die Wettbewerb und Beschäftigung fördern sollten; der Erweiterung und den damit verbundenen Reformen der europäischen Politikbereiche einen kräftigen Schub zu versetzen; die Bemühungen der EU im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und für eine sauberere Umwelt zu stärken; die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, einschließlich einer stärkeren Betonung der Menschenrechte und eines Verhaltenskodexes für Rüstungsexporte.

Faktoren des politischen Wandels

Unter den verschiedenen Faktoren des politischen Wandels unter der neuen Regierung spielte ihre Entschlossenheit zur Verfassungsreform eine wichtige Rolle. Labour und die Liberalen Demokraten hatten sich schon vor den Wahlen im Mai auf eine Reihe von Verfassungsänderungen geeinigt. Diese beinhalteten eine Dezentralisierung in Schottland und Wales; eine Reform des Wahlrechtes, zunächst zum Europäischen Parlament und zu den gesetzgebenden Versammlungen in Schottland und Wales, später vielleicht auch für Westminster; eine Neugliederung des Oberhauses (House of Lords). Wenn man alle diese Maßnahmen zusammennimmt, hätten sie einen gewaltigen Einfluß auf die Art und Weise, wie die britische Regierung und die britische Politik arbeiten würden. Notwendigerweise würden sich dabei Auswirkungen auf die europäische Ebene ergeben, insbesondere insofern, als sie das politische System Großbritanniens stark dezentralisieren würden, und möglicherweise eine Diskussion über Verfassungsfragen eröffnen könnten, welche wiederum eine breitere Auseinandersetzung mit europäischen verfassungsrechtlichen und institutionellen Themen ermöglichen könnte.

Die konservative Partei organisiert sich neu

Unmittelbar nach seiner Wahlniederlage trat John Major von seinem Amt als Vorsitzender der Konservativen Partei zurück. In den anstehenden Wahlen für Parteiämter spielten europäische Fragen eine wesentliche Rolle; Kenneth Clark und Stephen Dorrell kandidierten als Vertreter des pro-europäischen Flügels. Zudem kandidierten eine Reihe von Euroskeptikern: Michael Howard, Peter Lilley, John Redwood. Am Ende siegte mit William Hague ein verhältnismäßig junger und bis dahin eher unauffälliger Kandidat gegen Kenneth Clark, und sah sich der enormen Aufgabe gegenüber, die Parteibasis neu aufzubauen, und einen Modus vivendi im Bereich der Europapolitik zu finden. In den darauffolgenden Monaten belastete die europäische Frage die konservative Partei weiterhin, und ihre Politik driftete mehr und mehr in Richtung des euro-skeptischen Flügels ab.

Auf dem Weg zu einer neuen und stabilen Europapolitik?

Im Laufe des Jahres 1998 wurden Schritte unternommen, um Großbritannien ein neues europäisches Profil zu geben. Viele Leitlinien konkreter Politiken wurden mit geringfügigen Modifikationen fortgesetzt, insbesondere mit Blick auf die Wirtschaft, ein Bereich, in dem die Regierung entschlossen war, das Ruder nicht aus der Hand zu geben. Aber die politische Stimmung hatte sich geändert, ebenso wie die Möglichkeiten für grundlegende Verfassungsreformen. Dennoch blieben die genauen Konsequenzen, die sich für die Europapolitik ergeben würden, nach wie vor offen. Positivere Formulierungen und ein positiver Imagewandel führten zu einer Veränderung der Diskussion, und zu einer Erneuerung der Beziehungen zu den europäischen Partnern. Aber es war noch zu früh, um sicher sagen zu können, es existiere eine deutlich definierte und stabile Europapolitik.

Weiterführende Literatur

- Baker, David, David Seawright (Hrsg.): Britain For and Against Europe. British Politics and the Question of European Integration, Oxford 1998.
- Barber, Lionel: Britain and the new European agenda (Centre for European Reform), London 1998.
- Bennett, Robert J.: The impact of European economic integration on business associations: the UK case, in: West European Politics 3 (1997), S. 61-90.
- Bradbury, Jonathan, John Mawson (eds.): British regionalism and devolution: the challenges of state reform and European integration, London 1997.
- George, Stephen A., Matthew Sowemimo: Europe looks to London, in: The World Today 1 (1998), S. 18-21.
- Hughes, Kirsty, Edward Smith: New Labour – New Europe?, in: International Affairs 1 (1998), S. 93-103.
- Pinder, John: New Labour – new Europe? Chancen für eine stärkere und demokratischere EU, in: integration 3 (1997), S. 136-144.
- Robins, Keith: Britain and Europe: Devolution and Foreign Policy, in: International Affairs 1 (1998), S. 105-117.
- Scottish Office: Scotland's Parliament, Edinburgh, Cm 3658, July.
- Spybey, Tony (Hrsg.): Britain in Europe. An Introduction to Sociology, London 1997.
- Wallace, Helen: At Odds with Europe, in: Political Studies 4 (1997), S. 677-688.
- Welsh Office: A Voice for Wales, Cardiff, Cm 3718, July 1998.